

**Antwort des Dekanats des Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
auf die gesammelten Punkte der BesetzerInnen des Fachbereich Politik- und
Sozialwissenschaften anlässlich des Gesprächs am 18.06.2009**

1. Die Satzung für Studienangelegenheiten der FU Berlin schreibt Anwesenheitskontrollen nicht vor, allerdings müssen die Dozenten/Dozentinnen die regelmäßige Teilnahme bestätigen. Es bleibt den Dozenten/Dozentinnen überlassen, wie sie den Eindruck über die regelmäßige Teilnahme gewinnen. Das Dekanat weist ausdrücklich darauf hin, dass Anwesenheitslisten nicht zwingend erforderlich sind und nicht abgegeben werden müssen.
2. Das Dekanat hält die Beschränkung auf zwei Wiederholungsversuche für Modul- bzw. Modulteilprüfungen der sozialwissenschaftlichen Fächer für angemessen.
3. Das Dekanat unterstützt die Forderung, Tutorien und Lehraufträge angemessen zu vergüten, weist aber auf die problematische Haushaltslage hin. Im Interesse des wissenschaftlichen Nachwuchses können auch unbesoldete Lehraufträge erteilt werden. Lehraufträge sind wichtig um die Vielfalt des Lehrangebots zu erweitern. Pflichtveranstaltungen sollen i.d.R. von Festangestellten oder besoldeten Lehrbeauftragten durchgeführt werden.
4. Das Dekanat unterstützt die Initiative der Studierenden, Projektstudien universitätsweit und aus zentralen Mitteln einzurichten.
5. Auch das Dekanat hält Campus Management als Verwaltungsinstrument im Moment noch nicht als benutzerfreundlich und sachgerecht. Auch viele Dozenten/Dozentinnen kritisieren die Verschulungstendenzen und Modularisierung in der derzeitigen Form. Es handelt sich dabei um ein grundlegendes Problem, das mittelfristig mit allen Beteiligten diskutiert werden muss. Dazu möchten wir gemeinsam mit den Studierenden noch im SoSe 2009 eine Veranstaltung durchführen.
6. Das Dekanat bittet das OSI zu prüfen, ob man einen 90 LP Kombi-Bachelorstudiengang anbieten kann.
7. Die Situation ist dem Dekanat aus vielen kleineren Instituten und Arbeitsbereichen bekannt. Fachlich zuständig ist das ZI OEI. Auf Wunsch der Studierenden sind wir gern bereit ein Gespräch zu vermitteln.
8. Das Dekanat bemüht sich die Ausschreibung einer W2-Professur auf Zeit für Politische Theorie und Ideengeschichte beim Präsidium zu befördern, sobald das OSI das Talent-Scouting-Verfahren abgeschlossen hat. Alternativ dazu setzt sich das Dekanat für die Ausschreibung der W1-Professur für Politische Theorie und Ideengeschichte mit Tenure Track ein, wenn das OSI eine freie Stellennummer ab dem Jahre 2015 benennt.
Auch das Dekanat benötigt für seine weiteren Planungen einen Strukturplan des OSI. Daher unterstützen wir die Forderungen der Studierenden.

9. - Die obligatorischen Prüfungsberatungen sind durch das Berliner Hochschulgesetz vorgeschrieben. Gängige Praxis ist es, den beratenden Aspekt in den Vordergrund zu rücken.
 - Im Rahmen der Weiterentwicklung der Studienangebote prüft das Dekanat, ob es möglich ist - wie an anderen Hochschulen auch - die Berechnung der BA-Gesamtnote **nicht** auf der Basis **aller** Teilprüfungsnoten vorzunehmen.
10. Das Dekanat fühlt sich hier nicht zuständig.
11. Das Dekanat teilt die Wertschätzung des Diplomstudiengangs, hält aber angesichts der Rechtslage (Hochschulverträge) die Einführung eines 8-semesterigen BA-Studiengangs für einen angemessenen Kompromiss und gangbaren Weg.
12. -

Das Dekanat weist darauf hin, dass die neben dem Lehrboykott vorgenommene Blockade des Verwaltungs- und Forschungsbetriebs bereits erste erhebliche Probleme (z.B. Fristwahrung bei Drittmittel-, Rechnungs- und Personalvorgängen, zu erwartende Überstunden bei den sonstigen MitarbeiterInnen in der kommenden Woche) mit sich gebracht hat.

Wir begrüßen es, dass es bis Donnerstag möglich war, Einzelfallregelungen zu treffen, die im Kontext einer einvernehmlichen Gesamtlösung gefunden wurden.

Das Dekanat fordert, ab Freitag dem sonstigen und wissenschaftlichen Personal vollen Zugang zu den Gebäuden der Ihnestraße 21, 22 und Garystraße 55 zu gewähren.

Wir begrüßen die gute Zusammenarbeit mit den Studierenden. Zur Verbesserung der Kommunikation bitten wir um Mitteilung eines/einer Ansprechpartner/Ansprechpartnerin mit Entscheidungskompetenz, so dass getroffene Vereinbarungen verlässlich umgesetzt werden können.

Das Dekanats des Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften
18.06.2009